

G. Nitichevski
Werkstr. 2
02979 Spreetal
www.udssr.su

Spreetal, den 30.01.2012

an
Polizeirevier Hoyerswerda
Kriminaldienst
Otto-Damerau-Str. 20
02977 Hoyerswerda

Betreff.:
Vorgangs-Nr. 20/12/288323
 8/12/288323
 9/12/288323

„Es gibt eine kreisförmige Wechselbeziehung zwischen Machen und Erkennen. Wenn man nicht macht, was man als notwendig, wenn auch mit persönlichen Unannehmlichkeiten behaftet, erkannt hat, dann kann man irgendwann auch nicht mehr erkennen, was zu machen ist. Wer Anpassungszwängen taktisch nachgibt, wohl wissend, dass er ihnen mit vertretbarem Risiko widerstehen könnte und auch sollte, wird nach und nach die Unzumutbarkeit von Anpassungsforderungen gar nicht mehr wahrnehmen, d. h., die eigene Gefügigkeit auch nicht mehr als Fluchtreaktion durchschauen. Alles erscheint normal: die Verhältnisse, denen er sich ergibt, und der Verzicht auf Gegenwehr, den er eben gar nicht mehr erlebt.“ (H.-E.Richter)

„Machet eure Seele nicht zum Scheusal“ (3 Mos. 11,43, Luth.)

Herr Bieh,
Sie hindern mich maßgeblich, an den von Ihnen festgesetzten Terminen am 02.02.2012 teilzunehmen.

Infolge der Bearbeitung des früheren Verfahrens „Verdacht auf illegalen Aufenthalt“ gegen mich ist Ihnen, Herr Bieh, bereits bekannt, dass ich wegen der behördlichen Schikanen sowie ständig falschen Rechtsanwendung (Rechtsmissbrauch) bzw. aus Gründen, die ich nicht zu vertreten habe, nicht nur **über keinen Reisepass verfüge**, sondern auch seit Jahren **keinerlei Identitätspapiere mehr habe**.

Sie waren bereits auf Grund einer vorgefallenen Nötigung in einem vergleichbaren Sachverhalt am 17.01.2011 angezeigt worden. Auch aus diesem Grund muss Ihnen der Fakt der mir fehlenden Ausweispapiere bekannt sein!

Allerdings verlief die Strafanzeige gegen Sie konsequenzenlos. So wie es in Deutschland in 99,5% aller Fälle ausgeht, wenn ein Beamte angezeigt wird.

Ihre Vorgehensweise ist für mich nun mehr als rätselhaft...

Sie haben entweder eine Gedächtnis- / Verständnisschwäche oder verhöhnen mich.

Beeinflusst Ihre straffreie Stellung bei der Behörde so massiv Ihre geistigen Eigenschaften oder liegen andere Gründe vor, die Sie dazu verleiten, unbedingt gegen das Gesetz verstoßen zu wollen?

Nur so kann ich mir Ihre sturen Versuche, mich mit einem Reisepass oder Bundespersonalausweis in das Polizeirevier zu bestellen, erklären.

Sie, als Polizeibeamter, müssen die Gesetze hüten, nicht missbrauchen.

Ich **HABE KEINEN REISEPASS ODER BUNDESPERSONALAUSWEIS...**

Ich hoffe es für Sie verständlich genug geschrieben zu haben.

Indem Sie mein Aussagen bzw. die Ausübung meines Grundrechtes auf rechtliches Gehör vom Mitbringen der Ausweisdokumente abhängig machen, obwohl Ihnen bereits bekannt ist, dass ich Ihre Forderung nicht erfüllen kann, machen Sie sich strafbar...

Kommt es Ihnen nicht merkwürdig vor, dass sich in Ihrem Zuständigkeitsgebiet jahrelang Menschen ohne Identitätspapiere aufhalten? Oder ist es für Sie zum Alltag geworden?

Abgesehen von Ihren dienstlichen Pflichten, sind Sie ein Bürger dieses Landes. Wo ist Ihre persönliche Zivilcourage? Blieb Ihr staatsbürgerlicher Mut etwa auf der Strecke?

Dieser Begriff scheint vielen deutschen Beamten grundsätzlich fremd zu sein.

Ich kann Ihr Verhalten nicht anders als Versuch, meine Rechte zu vereiteln oder ganz verhindern zu wollen, definieren.

Aber andersrum... Wenn ich über die Fälle der Polizeigewalt, des polizeilichen Rechtsmissbrauchs in Deutschland (Vergewaltigungen in Gefängniszellen, schwere Raubüberfälle im Dienst, Schlägereien, Morde) lese, so hört sich mein Vorwurf Ihnen gegenüber natürlich wie ein Kinderstreich an.

Trotzdem bitte ich Sie dafür zu sorgen, dass ich ordnungsgemäß geladen werde, um die mir zustehenden Rechte ausüben zu können.

Dafür bzw. für den Eingang Ihrer Stellungnahme merke ich mir spätestens den 10.02.2012 vor. Gegebenenfalls erstatte ich gegen Sie eine Anzeige, u.a. wegen Rechtsbeugung.

Die Ausrede, dass Ihnen eventuell keine anderen Vordrucke von Vorladungen in Ihrem PC vorliegen, kann Ihre gesetzesferne Handlung nicht begründen: Dann müssen Sie sich eben geistig anstrengen.

Ein Staat, der dafür sorgen konnte, dass nicht alle Mitbürger über ein Ausweisdokument verfügen, hat auf die Existenz der entsprechenden Ladungsformulare zu achten, um auch diesen Menschen ihre Rechte zu gewähren. Es sei denn, dieser Staat, den Sie repräsentieren, kastriert bewusst die Rechte bestimmter Volksgruppen bzw. Menschen anderer Abstammung.

Was den Sachverhalt betrifft:

Es wird mir schwer fallen, einem Menschen, der gar keine eigene Meinung hat und ausschließlich die Meinung des Vorgesetzten vertritt, zu erklären, wie man überhaupt zu einer eigenen Meinung kommt. Aber laden Sie mich ordnungsgemäß – nicht so hinterhältig wie zuvor – und ich werde versuchen Ihnen zu erklären, was eine Meinungsäußerung von einer plumpen Beleidigung unterscheidet.

Nitichevski